

April 2019

Länderbericht

Regionalprojekt Nordische Länder

Finnische Parlamentswahlen mit erwartet schwierigerem Ausgang

Parlamentswahlen in Finnland

Mikko von Bremen, Elisabeth Bauer

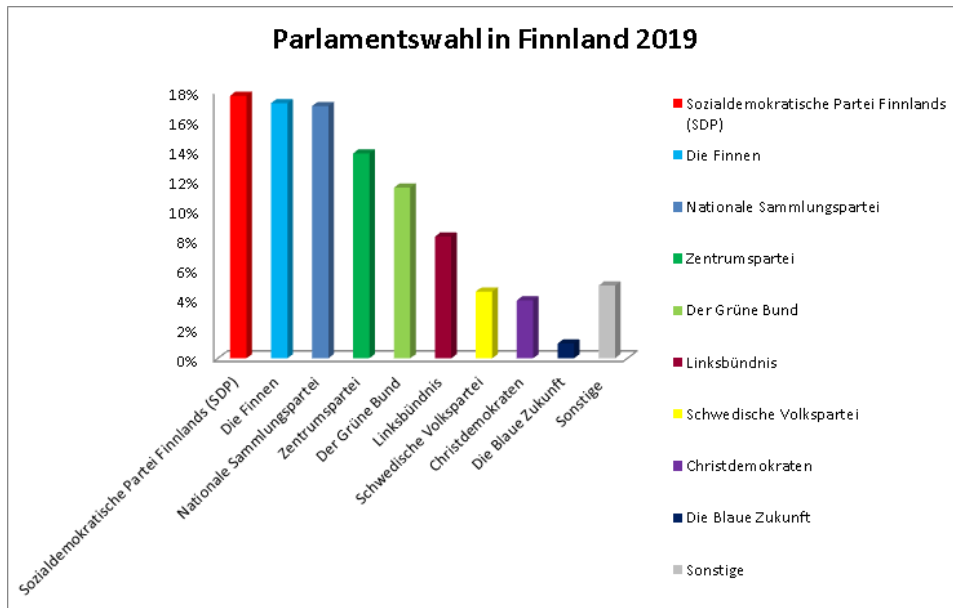
Am Sonntag, 14. April 2019, hat Finnland ein neues Parlament gewählt. Als knapper Wahlsieger ging die Sozialdemokratische Partei Finnlands (SDP) mit ihrem Vorsitzenden Antti Rinne hervor. Trotz Wahlerfolg der populistischen Partei „Die Finnen“ (PS), gab es – insgesamt betrachtet – einen leichten Linksruck. Einer der größten Wahlsieger war „Der Grüne Bund“. Die Zentrumspartei (Keskusta) mit dem zuletzt nur noch kommissarischen Ministerpräsidenten Juha Sipilä verlor deutlich. Die Wahlbeteiligung lag diesmal bei 72% (3.078,492 Stimmen) und erreichte damit fast den Rekord von 72,1% aus dem Jahr 1991. In den vorherigen Parlamentswahlen 2015 gingen 70,1% der Wahlberechtigten zur Wahl. Die hohe Wahlbeteiligung wurde auch durch die neu eingeführte Briefwahl begünstigt. Bei den Vorwahlen haben bereits über 1,5 Millionen und somit 36,1% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben (2015 waren es noch 32,3%). Somit wurden erstmals mehr Stimmen während der Vorwahl abgegeben als am eigentlichen Wahltag (35,9%).

Die großen Parteien verlieren

Erstmals sind bei Parlamentswahlen in Finnland alle Parteien unter 20% geblieben. Bereits Umfragewerte vor der Wahl hatten ein solches Ergebnis angekündigt. Mit gerade mal 17,7% haben die Sozialdemokraten (SDP) die meisten Stimmen erhalten. Für den Parteivorsitzenden Antti Rinne ist das Ergebnis trotz Wahlsiegs eine Enttäuschung. Die SDP hatte auf eine historische Wende gehofft. Doch am Ende konnte sie nicht die Unzufriedenheit der Wähler gegenüber der bisherigen Mitte-Rechts-Regierung zum eigenen Vorteil nutzen. Für eine Überraschung sorgte die rechtspopulistische Partei „Die Finnen“ (PS), die mit 17,5% nur knapp den Wahlsieg verpasste. Die konservative Nationale Sammlungspartei (Kokoomus) mit dem Parteivorsitzenden und bisherigen Finanzminister Petteri Orpo wurde mit 17% drittstärkste Kraft.

Die größte Regierungspartei, die Zentrumspartei (Keskusta) mit Ministerpräsident Sipilä an der Spitze, war der große Wahlverlierer und wurde mit 13,8% (minus 7,3%) nur viertstärkste Kraft. Bei den kleineren Parteien hat „Das Grüne Bündnis“ deutliche Gewinne verzeichnet und konnte sich mit einem Ergebnis von 11,5% um 3% verbessern. Hier sticht besonders heraus, dass „Das Grüne Bündnis“ erstmals in Helsinki stärkste Kraft wurde. Die Anzahl der Mandate ist jedoch gleich zu denen der Nationalen Sammlungspartei (Kokoomus), die sonst

traditionell in Helsinki stärkste Kraft war. Auch die Linke Allianz legte mit 8,2% leicht zu und konnte vier weitere Plätze im Parlament für sich gewinnen. Die Christdemokraten (KD) verharren fast unverändert mit 3,9%.



Wahlergebnisse und aktuelle Sitzverteilung im Vergleich zu 2015

Partei	Sitze (+/- vorher)	Prozent % (+/- vorher)
Sozialdemokratische Partei Finnlands (SDP)	40 (+6)	17,7 (+1,2)
„Die Finnen“ (PS)	39 (+1)	17,5 (-0,2)
Nationale Sammlungspartei (Kokoomus)	38 (+1)	17,0 (-1,2)
Zentrumspartei (Keskusta)	31 (-18)	13,8 (-7,3)
Der Grüne Bund	20 (+5)	11,5 (+3,0)
Linksbündnis	16 (+4)	8,2 (+1,0)
Schwedische Volkspartei (RKP)	9 (0)	4,5 (-0,3)
Christdemokraten (KD)	5 (0)	3,9 (+0,4)
Andere	2 (+1)	2,9 (+2,3)
Die Blaue Zukunft (Siniset)	0 (0)	1,0 (+1,0)

An der Sitzverteilung ist gut zu erkennen, dass mit Ausnahme der Zentrumspartei alle Parteien die Anzahl ihrer Sitze im Parlament halten oder sogar erhöhen konnten. Bemerkenswert dabei ist, dass die PS wie auch Kokoomus jeweils einen weiteren Sitz erhielten, obwohl ihr Wahlergebnis schlechter war, als im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2015.

Schwierige Regierungsbildung war vor der Wahl absehbar

Dieses Wahlergebnis bedeutet, dass die Sozialdemokraten keine stabile Mitte-Links-Regierung bilden können. Für eine Mehrheit reichen zwar 101 Sitze. Als stabile Mehrheitsregierung gilt in Finnland aber nach allgemeiner Auffassung erst eine Koalitionsstärke mit ca. 120 Sitzen. Daher würde auf jeden Fall eine der Parteien aus dem letzten Regierungsbündnis zur Mehrheitsbildung nötig sein. Auf den ersten Blick stabil

erscheint nur die Koalition mit Kokoomus. Eine Koalition mit den Rechtspopulisten war vor den Wahlen von allen Parteien ausgeschlossen worden. Gleichwohl hatte es vor der Wahl innerhalb von Kokoomus Stimmen gegeben, die eine Koalitionsmöglichkeit mit den Populisten nicht generell ausschließen wollten. Der Parteivorsitzende Petteri Orpo hatte sich aber schon früh und sehr deutlich gegen eine Koalition mit den „Finnen“ ausgesprochen, solange diese sich inhaltlich nicht deutlich ändern würde.

Für die populistischen „Finnen“ selbst ist das Wahlergebnis auch widersprüchlich. So kommentierte der Parteivorsitzende Jussi Halla-Aho, dass das Ergebnis zwar nach einer Regierungsbeteiligung verlange, aber bei den eigenen Positionen keine Kompromisse eingegangen werden sollten. Dennoch gibt er sich kooperativ und verkündete am Montag, dass die PS durchaus Kompromisse eingehen könne, sofern die Politik insgesamt in die richtige Richtung gehe.

Finnische EU-Ratspräsidentschaft ab Juli

Finnland übernimmt zum 1. Juli 2019 die EU-Ratspräsidentschaft, wodurch sich der Druck, möglichst schnell eine stabile Regierung zu bilden, verstärkt. Laut Antti Rinne (SDP), soll daher eine Regierung bis Ende Mai stehen. Dementgegen steht, dass Finnland bereits klare Richtlinien für die EU-Ratspräsidentschaft definiert habe und diese Situation dazu führt, dass anstehende Entscheidungen auf EU-Ebene nicht beeinflusst würden. Zudem obliegt die Zuständigkeit für diese Fragen gemäß der Verfassung bei den Mitarbeitern des Außenministeriums und diese seien von der Regierungsumbildung nicht direkt betroffen.

Zentrale Wahlthemen waren die gescheiterte Sote-Reform, Migrationspolitik und der Klimawandel

Erst vor gut fünf Wochen war die bisherige Regierung unter Ministerpräsident Sipilä (Keskusta), wegen den gescheiterten Reformen in der öffentlichen Verwaltung und des Sozial- und Gesundheitswesens (sog. Sote-Reform), zurückgetreten. Die Sote-Reform war daher ein zentrales Wahlkampfthema und besonders die Aufarbeitung, warum die Reformen gescheitert waren. Folglich versuchten die bisherigen Koalitionspartner des Mitte-Rechts-Bündnisses zwischen Zentrumspartei, Kokoomus und den Blauen, sich die Schuld für gescheiterte Reform in die Schuhe zu schieben. Tatsache ist, dass die bisherige Regierung zu viel auf einmal durchbringen wollte. Ein wesentlicher Grund war auch die unrealistische Zeitplanung zur Umsetzung der Reformen.

Sipiläs Regierung strebte eine Modernisierung der öffentlichen Verwaltung Finnlands und der Sozial- und Gesundheitsdienste, der Sote-Dienste, an – mit dem Ziel, die Zuständigkeit für die öffentlichen Sote-Dienste von den Gemeinden auf 18 neu zu errichtende Provinzen zu übertragen. Zusätzlich wurde ein Gesetz der „Wahlfreiheit“ separat ausgearbeitet, so dass der Kunde frei wählen kann, welche Dienstleistungen in den Provinzen er von einem privaten Unternehmen oder einem öffentlichen Anbieter haben möchte. Das neue Provinz-Modell wurde maßgeblich von der Zentrumspartei gefordert, die Wahlfreiheit war Anliegen von Kokoomus. Am Ende war es nicht möglich sowohl die Umstrukturierung der Gemeinden in Provinzen und die entsprechende Umsetzung der Sozial- und Gesundheitsdienste in der vorgegebenen Zeit verfassungsrechtlich zu prüfen. Die Opposition, allen voran die SDP kritisierte an dem Reform-Paket der Regierung, dass der Zugang zu primärer Gesundheitsversorgung und die Gewährleistung von genügend Ärzten und Ressourcen für die Grundversorgung insbesondere in ländlicheren Regionen nicht ausreichend gegeben waren.

Weitere zentrale Wahlthemen waren die Einwanderungspolitik und der Klimawandel. Besonders die Populisten griffen das Thema Klimapolitik neben einer strengeren Migrationspolitik auf und sprachen von unnötiger Panikmache. Die SDP betonte die

Bedeutung der Kernenergie parallel zur Förderung erneuerbarer Energien. Das Grüne Bündnis hielt dies wiederum für den falschen Weg und setzt auf die konsequente Entwicklung erneuerbarer Energien, um die Erderwärmung zu stoppen. Kokoomus setzte bei der Klimapolitik besonders auf die Entwicklung von Kreislaufwirtschaft (circular economy) zur nachhaltigen Produktion und Förderung innovativer Märkte. Dabei betont Kokoomus das einzelne Verantwortungsbewusstsein von Verbrauchern und Industrie. Dafür müssten die richtigen Rahmenbedingungen politisch geschaffen werden.

Fazit

Wie auch immer am Ende die neue Regierungskoalition aussieht, sie wird sich auch weiterhin maßgeblich um die Sote-Reform kümmern müssen. Ob eine durch die Sozialdemokraten geführte Koalition zu Ergebnissen führt, bleibt abzuwarten. Das starke Abschneiden der rechtspopulistischen „Finnen“ war eine klare Protestwahl und Ausdruck der Unzufriedenheit der bisherigen Regierungsarbeit. Nun haben die Sozialdemokraten nach 20 Jahren wieder die Möglichkeit, eine Regierung zu bilden und die Sote-Reform zu einem anständigen Abschluss zu bringen. Für die kommende EU-Ratspräsidentschaft ist es wichtig, dass Finnland eine stabile Regierung hat und somit als verlässlicher Partner in der EU handlungsfähig bleibt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Elisabeth Bauer
Leiterin des Regionalprojekts Nordische Länder
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de

elisabeth.bauer@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)